Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatl. 50 ₰, ¹/₄jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post bezieh bar, kostet monatl. 10 ₰, ¹/₄jährl. 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ¹/₂10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6645.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Völbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 178. Halle a. S., Dienstag den 1. August 1893. 4. Jahrg.

Der russisch-deutsche Zollkrieg.

Es ist unzweifelhaft eine diplomatische Schlappe, die der deutsche Reichskanzler durch das Nichtzustandekommen eines deutsch-russischen Handelsvertrags erlitten hat. Zwar haben die Agrarier in der bekannten Weise gegen den Abschluß des Vertrags auf der Grundlage der von dem jetzigen Reichskanzler beliebten Handelsvertragspolitik gewühlt, allein, war diese Wühlerei die Ursache zur Hinausziehung der Verhandlungen, so läßt das die Schlappe nicht geringer erscheinen.

Freilich war Herr v. Caprivi durch die Militärvorlage in eine sehr bedrängte Lage geraten. Bei nochmaliger Ablehnung derselben handelte es sich nicht nur für ihn um Sein und Nichtsein, sondern es stand für die Monarchie weit mehr auf dem Spiele; der Reichskanzler mußte also mit allen Mitteln die Ablehnung zu verhindern suchen. Dazu benötigte er die Hilfe der Agrarier und Junker, die diese Unentbehrlichkeit ihrer Beihilfe weidlich ausnützten und den Reichskanzler zwangen, seine frühere Stellung in Zollfragen zu ändern. Die verlangte Schwenkung wurde bekanntlich auch vor versammeltem Reichstage durch den Reichskanzler vollzogen. Ob mit „schwerem Herzen" oder nicht, kommt hierbei nicht in Betracht.

War aber der Reichskanzler den Junkern willfähriger geworden, mußten die Verhandlungen bezüglich eines Handelsvertrags mit Rußland ins Stocken gebracht werden, da die Agrarier jedes Zugeständnis von deutscher Seite hinsichtlich der Herabsetzung der Getreidezölle abwiesen. Die Verminderung der Getreidezölle zöge eine vermehrte Zufuhr russischen Getreides in das Deutsche Reich nach sich, was nicht ohne Einfluß auf die Getreidepreise bliebe, vielmehr sie herabdrückte. Für den Geldbeutel der Agrarier wäre das nicht von Vorteil, darum erscheint der Widerstand dieser Herren gegen einen Handelsvertrag mit dieser Wirkung begreiflich.

Man konnte die veränderte Situation auf handelspolitischem Gebiet unschwer aus den in den letzten acht Wochen durch die Offiziösen verbreiteten Nachrichten über den Stand der Verhandlungen zwischen der deutschen und russischen Regierung erkennen. Die Vernachlässigung der Frage, ob wohl bald ein Vertrag abgeschlossen würde, trat immer schärfer hervor und die Verlumpung konnte nicht ausbleiben.

Durch die hüben und drüben geübten Zollmaßnahmen ist die Frage plötzlich aktiv geworden und der Zollkrieg in seiner schärfsten Form entbrannt. Um was es sich dabei handelt, das lehrt eine kurze Uebersicht über den Verkehr zwischen den beiden Reichen, die wir der „Neuen Freien Presse" entnehmen:

	Gesamt Einfuhr Rußlands	Einfuhr aus Deutschland	Gesamt Ausfuhr Rußlands	Ausfuhr nach Deutschland
1880	596.05	274.27	489.07	138.12
1884	537.97	175.84	589.90	182.91
1890	416.07	114.63	705.09	177.94
1891	378.54	103.27	720.93	192.93

Der Verkehr Deutschlands mit Rußland stellte sich im Jahre 1880 auf etwa 40 Prozent des gesamten auswärtigen Handels des russischen Reiches, im Jahre 1891 auf ungefähr 27 Prozent. Trotz dieses Rückganges nimmt aber Deutschland in den russischen Handelslisten noch immer den ersten Platz ein.

Die Ausfuhr russischer Waren nach Deutschland besteht zum größten Teil in Brotfrüchten, überhaupt Lebensmitteln, während die deutsche Ausfuhr nach Rußland vorwiegend industrielle Erzeugnisse umfaßt. Das erklärt die Haltung der kapitalistischen Presse Deutschlands zu dem Stand der Sache. Die Organe der junkerlichen Agrarier gefallen sich noch in der Rolle des ruhigen Zuschauers, indes die Presse der Schlotbarone Feuer und Flamme speit. Die letztere bemüht sich, der Regierung allein die Verantwortung für die Gestaltung der Dinge aufzubürden. Und doch sind die Vertreter des Kapitalismus im Parlament ebenso schuldig an dieser Situation, wie die Regierung.

Stets beherrscht von der Sucht nach Vorteilen, die ihnen natürlich die Regierung nicht verschafft ohne Gegenleistung, haben die Agrarier sowohl wie die Industrieritter die zollpolitische Wirtschaft Bismarcks jubelnd begrüßt und durchführen helfen, weil sie ihnen die Taschen füllte. Ob diese Wirtschaft den Verkehr zwischen den Völkern erschwerte oder ob durch sie die nichtkapitalistische Bevölkerung ausgebeutelt wurde, das macht ihnen keine Beschwerden.

Und diese Bismarcksche zollpolitische Wirtschaft ist nicht etwa beseitigt. Die geringe Milderung, die im deutsch-österreichischen Handelsvertrag zum Ausdruck kam, rief einen Sturm der Entrüstung in großkapitalistischen Kreisen — agrarischen wie industriellen — hervor, sie fühlten ihren Raubzug auf das konsumierende Publikum gehemmt. Was Wunder, wenn ihnen der „neue Kurs" nicht paßte! Die politische Schwächlichkeit dieses Kurses war es zum wenigsten, was diese modernen Raubritter aufsässig machte, der scheinbare Schutz des konsumierenden Volkes vor den nimmersatten kapitalistischen Parasiten erregte ihren Zorn.

Jetzt hindern die Agrarier die Regierung, einen günstigen Handelsvertrag mit Rußland abzuschließen, etwas von der Bismarckschen Hinterlassenschaft aufzugeben und die Regierung muß wohl oder übel sich diesen Wünschen fügen, weil sie sonst fürchten muß, bei anderen Gelegenheiten von den parlamentarischen Vertretern des Kapitalismus knapp gehalten zu werden. Und zu alledem muß die Tasche des Volkes herhalten.

Ach, wie herrlich bewährt sich doch der „neue Kurs".

Die „interessanten Momente" des „neuen Kurses" mehren sich. Die Militärvorlage ist wohl angenommen, aber der „Krieg im Innern" wird mit der Deckungsfrage fortgesetzt. Nun tritt noch ein Zollkrieg hinzu, dessen Tragweite nicht zu ermessen und dessen Folgen nicht abzehbar sind — Deutschland, Deutschland über alles! — — Singe, Michel!

Rundschau.

Zum russisch-deutschen Zollkrieg. Nach dem „Vorwärts" leuchtet aus der Denkschrift des Bundesrats über den 50prozentigen Zollzuschlag nur die Rücksicht auf den preußisch-deutschen Großgrundbesitzer, auf die Eisen- und Baumwollbarone hervor. Die Regierung habe das Parlament schon zusammenhalten können, wenn sie gewollt hätte. Aber sie habe die Junkerschaft der Militärvorlage halber „schonen" müssen. Die Kriegskosten bezahle die große Masse des Volkes, das immer lauter gegen das herrschende System rebelliere. Wie lange noch werde die Lammesgeduld der Masse auf die Probe gestellt werden?

Die „Frankf. Ztg." sagt in einem längeren Artikel, in Berlin scheine ein Vertrag vorgeschwebt zu haben, der auch die Zustimmung der Agrarier finden sollte und sagt dann:

„Wir sind gewiß für ein weitgehendes Entgegenkommen beiderseits stets eingetreten, weil die Hochschutzzöllnerei nicht nur das Erwerbsleben, sondern das gesamte wirtschaftliche Leben einer Bevölkerung beeinträchtigt, ein Vertrag aber, der unser Agrarsystem zufrieden stellt, ist nach all' den hierüber gemachten Erfahrungen undenkbar. Das Streben nach einer Vertragspolitik muß Caprivi aufgeben, wenn ihm nach der Freundschaft des Großgrundbesitzertums lüstern ist, das sich denn doch über seinen Handelskurs unzweideutig genug ausgesprochen hat. Er täuscht sich auch darin, wenn er glaubt, diesen Herren auf einer mittleren Linie begegnen zu können; sie wollen volle Freund oder ganze Feindschaft, und ein Feind, der rücksichtslos auftritt, imponiert ihnen noch eher, als der dienstwillige Freund."

Die „Rheinisch-Westf. Ztg." weist darauf hin, daß Deutschland den Zollkrieg eröffnet hat damals, als es beim Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages das russische Getreide einem Differentialzoll von 15 M. pro Tonne unterwarf. Oesterreichischer Roggen zahlt 35, russischer Roggen 50 M. für die Tonne (10 Doppelzentner). Dann führt die „Rheinisch-Westf. Ztg.", der die Sorge um die durch den Höchsttarif bedrohten Interessen der Montanindustrie den Blick geschärft hat, noch aus:

„Jeder ruhig denkende Politiker hätte sich aber auch sagen müssen, daß Rußland sich einen Zustand auf die Dauer nicht gefallen lassen würde, der den mit ihm bei uns konkurrierenden Staaten die Getreide-Einfuhr zu einem um ein volles Drittel niedrigeren Satze, als ihn das russische Getreide zu tragen hat, gestattete. Rußland hat sehr bald nach Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages die Verhandlungen mit uns begonnen, die zu einem mit ihm zu schließenden Handelsvertrag, dessen erste Voraussetzung natürlich für Rußland die Herabsetzung des deutschen Getreidezolles auf 35 M. pro Tonne bilden mußte, führen sollten und vielleicht auch geführt hätten, wenn der Bund der Landwirte mit seiner durchaus verspäteten und geradezu kopflosen Agitation gegen eine weitere Herabsetzung unserer Getreidezölle nicht in die eingeleiteten Verhandlungen störend eingegriffen hätte. Der Bund der Landwirte trägt sicherlich mindestens einen großen Teil der Schuld an der ungünstigen Wendung, welche die deutsch-russischen Verhandlungen genommen haben. Es wird deshalb eine seiner vornehmsten Aufgaben jetzt sein müssen, seine Mitglieder darüber aufzuklären, daß ohne eine Herabsetzung unserer Getreidezölle der Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland eine offenbare Unmöglichkeit ist. . . . . Ein Zollkrieg zwischen Rußland und Deutschland kann nur von sehr kurzer Dauer sein, da die merkantilen (Handels-) Interessen, welche bei uns, namentlich im Osten unserer Monarchie, auf den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland hindrängen, viel zu mächtig sind, als daß der Bund der Landwirte ihnen gegenüber seinen bisherigen Wünschen auf Beibehaltung einer differenziellen Behandlung des russischen Getreides bei den maßgebenden Stellen auf die Dauer Gehör verschaffen könnte. Zu diesen merkantilen Interessen gehören auch die Eisenbahn-Interessen. Herr Minister Thielen wird

Allerhand Proletarier.

Von A. Otto Walster.

(Nachdruck verboten.)

„Mein Licht ist mir ausgangen oder ausgeblasen worden, ja, ja, bei jener Thür", murmelte der Hauswirt, an allen Gliedern zitternd, „o, Herr Polizeileutnant, ein Hauswirt, ein besitzender Bürger ist heutigen Tages nicht mehr sicher in seinen eigenen vier Pfählen, sogar in seinem Keller trifft er auf räuberisches Gesindel."

„Nun, was ist Ihnen denn passiert?"

„O, wie mein Licht ausgelöscht ist, trifft mich auf einmal eine fremde unsichtbare Hand, eine Mörderhand. Wenn die Behörde da nicht eingreift, giebt's keine Behörde mehr."

„Nun, mir scheint, das Ganze läuft auf eine einfache Erschreckungsgeschichte hinaus, auf einen blinden Lärm. Es ist niemandem etwas geschehen, niemand hat einen Angriff auf Person oder Eigentum zu beklagen. Doch hier, wer sind denn Sie, junger Herr?"

„Ich bin Kaufmann und durch den Lärm hier herbeigezogen worden."

„Es ist nicht wahr, Herr Generalpolizeirat, es ist nicht wahr; vor mir ist niemand hereingekommen," schrie die Hausmannsfrau; „als ich herunterfiel, wollte dieser Mensch herausflüchten, ich fiel auf ihn, und er ist schuld, daß ich nicht ganz hinuntergefallen bin. Darum habe ich ihn auch festgehalten, denn er ist schuld an meinem Tode. So ein Fall hat mir schon längst geschwant, ich habe es schon längst zu meinem Alten gesagt. Müller, sagte ich schon vor einem halben Jahre zu meinem Alten, Müller, ich habe eine Ahnung . . ."

„Schweigen Sie mit Ihren Ahnungen, die gehen uns garnichts an."

„Was? die Polizei will nichts mehr auf Ahnungen geben? Ich werde mich beim Minister beschweren, ja, der König soll . . ."

„Herr Leutnant, das ist der junge Mann, der am Sonnabend unsern Kameraden hier auf der Straße geschlagen hat. Ich erkenne ihn ganz genau an seinem violetten Schlipse," bemerkte jetzt der eine Schutzmann, der so gut, wie sein Kollege, den Maler losgelassen hatte.

„Ach so, gestehen Sie zu?"

„Ich gestehe."

„So, so. Jetzt erklärt sich mir der ganze Fall. Sie hatten sich am Sonnabend in diesen Keller geflüchtet?"

„Ja, so war es."

„Und heute sind Sie im Dunkel des Kellers mit Herrn Schnober zusammengestoßen?"

„Ja, ich wollte aus meinem Versteck entfliehen."

„Nun, dann ist ja die ganze Geschichte vollkommen erklärt. Sie, Herr, wie heißen Sie?"

„Julius Hernig."

„Und sind?"

„Kommis bei Heise und Ko."

„Ah so. Nun, Sie verhafte ich und lasse Sie ins Gewahrsam bringen, um Sie morgen der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Im übrigen ist alles vollkommen aufgeklärt, mögen Sie sich alle von Ihrem Schrecken recht bald erholen. Steigen wir wieder hinauf. Sie sind Fräulein Hernig, nicht wahr?" wandte sich der Polizeileutnant noch an das Fräulein.

„Ja, mein Herr, Sie kennen mich?"

„O, ich sah Sie einst, nachdem Sie einen Prolog für ein edles Werk gesprochen, für denselben Zweck Gaben der Liebe und Barmherzigkeit einsammeln, die alle reichlicher flossen, weil Ihre Blicke auf den Gebern hafteten. Es thut mir leid, daß ich Ihren Bruder verhaften muß, aber ich will Ihnen wenigstens einen Trost hinterlassen, die Sache ist nicht so schlimm, denn der Schutzmann, den Ihr Bruder schlug —"

„Er lebt noch, nicht wahr, er lebt?"

„Ja, und er hat sich für sich für morgen schon wieder als dienstfähig melden lassen."

„Dank, tausend Dank, lieber Herr, für Ihre freundliche Mitteilung, Sie haben mir eine schlaflose Nacht erspart."

„Ach Fräulein, wenn meine Machtbefugnisse so weit gingen, wie mein guter Wille!"

Oben in der Hausflur trennte sich die bunggemischte Versammlung. Zunächst entfernte sich die Polizei mit ihrem Inhaftanten und ließ die Hausthür schließen. Dann bat der gänzlich geknickte, an allen Gliedern zitternde Hauswirt um eine mitleidige Seele, die ihm Gesellschaft für die Nacht leiste, und dann fand sich Fräulein Theodora bereit, die zitternd bis dahin im Hintergrund der Ereignisse sich gehalten hatte.

„Dank, tausend Dank Ihnen," sagte das Fräulein, als die übrigen, mit Ausnahme der lautlos verschwundenen Hausmannsfrau, die Treppe hinaufjagten, „Sie waren Freunde in der Not, wie keiner sich bessere wünschen kann."

„Wenn es nach meinen Wünschen, nach meinen besten Bestrebungen gegangen wäre, hätte ich mehr gethan, als ich zu thun vermochte, bestes Fräulein, und zwar um Ihretwillen. Größer steht mein Stubennachbar und jetzt mein guter, lieber Freund da, der, ohne daß es ihm jemand ansehen möchte, ein edles liebevolles Herz für seine leidenden Mitmenschen hat, denn er handelt gleich einer Gottheit, ohne nach Lohn und Vergeltung zu fragen."

„Der Unterschied ist nur der, daß unser Künstler, der ebensogut und jedenfalls unbefangener und hingebender, wie ich, dasselbe thut und unter allen Umständen dasselbe thun würde, sich einbildet, er sei hierin mehr Egoist, als ich, weil er solch' grenzenlose Verehrung für Sie empfindet." (F. f.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930801-17/fragment/page=0001

nicht damit einverstanden sein können, daß die Einnahmen des Staates aus den Eisenbahnen des Ostens noch geringer werden, als sie es heute schon sind. Ueberdies wird sich auch die Landwirtschaft im Osten unserer Monarchie sagen müssen, daß sie sich in das eigene Fleisch schneidet, wenn sie es geschehen läßt, daß der Handel unseres Ostens mit dem russischen Nachbarreiche vernichtet wird. Der Zollkrieg wird daher sehr bald zu einem deutsch-russischen Handelsvertrag, der Rußland die gleichen deutschen Getreidezölle, wie den übrigen Vertragsstaaten gewährt, führen müssen. ——.

Wenn unsere Staatsmänner nicht mit der Junkerschaft als dem ausschlaggebenden Faktor rechneten, müßte die Wucht dieser Gründe auf sie wirken. Aber die Agrarier spielen auf, und der Graf tanzt . . . —

Die „Kreuzztg." fürchtet denn auch schon die Verantwortung, die dem Agrariertum wegen seines Widerstandes gegen den Handelsvertrag erwachsen kann, weshalb sie schnell noch versucht, ihre Freunde hiervon zu befreien; sie schreibt:

„Wenn von gegnerischer Seite gesagt wird, an dem nun entbrennenden Zollkrieg müßten die Agrarier ihre helle Freude haben, denn einen solchen hätten sie doch nur gewünscht, so weisen wir dies als eine böswillige Insinuation zurück. Der deutsche Landmann will keinen Zollkrieg, wohl aber einen gerechten Zollschutz gegen ein Land, das unter ganz anderen Verhältnissen produziert und das unter einer unterwertigen Valuta steht. Einen Zollkrieg bedauern wir; wir haben das Bewußtsein, daß Deutschland ihn nicht provoziert hat, sondern daß er aufgedrängt worden ist. Wir bedauern ihn, weil, gleichviel wer als Sieger aus dem Kampfe hervorgeht, auf beiden Seiten schwere Kriegskosten zu zahlen sind, die schließlich gleichermeise von Industrie, Handel und Landwirtschaft getragen werden müssen."

Die „Kreuzztg." hat stets am meisten mit gegen die Handelsverträge gewettert. Von der Mitschuld kann sie sich nicht reinwaschen.

Die konservative Presse ist natürlich in hohem Maße über den Gang, welchen die Dinge genommen haben, befriedigt. Sie findet das Verhalten und die Forderungen der deutschen Regierung ebenso korrekt und maßvoll, wie sie die Haltung Rußlands als unbegreiflich und anmaßend tadelt. Sämtliche Organe sind darin einig, daß es Rußland nur darauf ankam, einen Handelsvertrag abzuschließen, der der deutschen Landwirtschaft zum Nachteil und der deutschen Industrie nicht zum Vorteil gereichte.

Neue russische Repressalien gegen Deutschland stehen in Sicht, wenn sie nicht schon ergriffen worden sind. Da der russische Maximaltarif einen Zollzuschlag von höchstens 30 Proz. festsetzt, dagegen der fast zwei Jahre in Wirksamkeit befindliche deutsche Getreide-Differentialtarif das russische Hauptexportprodukt ungefähr 42 Proz. höher als das Getreide anderer Staaten besteuert, so wirde, nach einer Petersburger Meldung, der russische Maximaltarif, falls Deutschland den Zoll auf russische Provenienzen um 50 Proz. erhöhte, eine gleiche Erhöhung erfahren. Nach Odessaer Depeschen, welche an der heutigen Produktenbörse vorlagen, soll die russische Regierung gegen Deutschland auch in der Weise Repressalien ergriffen haben, daß sie in Odessa die Hafengebühr für Schiffe unter deutscher Flagge auf den fünffachen, nach anderen Versicherungen auf den zehnfachen Betrag derjenigen Sätze erhöhte, welche Schiffe anderer Nationen zu zahlen haben. Damit wird es wahrscheinlich sein Bewenden nicht haben.

Oesterreich bildet in dem Zollkriege zwischen Deutschland und Rußland den vergnügten Zuschauer. Wenn irgend ein Land aus diesem Kriege Vorteil ziehen wird, so ist es Oesterreich-Ungarn, dessen Roggen ein gesuchter Artikel werden muß. Dies veranlaßt die „Kreuzztg.", Oesterreich daran zu erinnern, daß es die Vertragstreue breche und unbekümmert um Deutschland einen Vertrag mit Rußland abschließe (!). Die deutsche Industrie, welche ihr Absatzgebiet in Rußland ganz oder nahezu verliert, verweist das fromme Blatt auf Amerika und die glänzende Verretung Deutschlands in Chicago.

Die „Münchener Allgem. Ztg." machte dieser Tage auf einen Vorgang in der letzten Zeit der **Militärvorlage-Debatte** aufmerksam, der damals in der Hitze des Gefechtes übersehen wurde, aber auch jetzt noch von nicht geringem Interesse ist. Es habe nämlich, schrieb der „Moniteur" des Fürsten Bismarck für Süddeutschland, die vom Grafen Caprivi „namens der verbündeten Regierungen" abgegebene Erklärung: behufs Deckung der Kosten der Militärvorlage werde auf eine Besteuerung des Bieres nicht zurückgegriffen werden, am Tische des Bundesrates allgemeines Befremden erregt, da in Wahrheit der Reichskanzler die Zustimmung des Bundesrates zu einer solchen Erklärung nicht eingeholt, ja nicht einmal mit dem Reichsschatzamts-Sekretär darüber Rücksprache genommen hatte. Wenn diese Mitteilung der „Allgem. Ztg." richtig ist, so würde damit der hie und da schon aufgetretene Anschein, daß Graf Caprivi mehr und mehr die schlechten Gewohnheiten seines Amtsvorgängers annimmt, noch mehr bestärkt. Was wäre nun aber geschehen, wenn nach der von Bismarck den Lippern gegenüber für wünschenswert erklärten Praxis unmittelbar nach dem Reichskanzler das Bundesrats-Mitglied für Lippe oder Reuß j. L. aufgestanden wäre und gesagt hätte: „M. H., von dem, was Ihnen der Herr Reichskanzler vorgetragen hat, ist im Schoße der verbündeten Regierungen amtlich nichts bekannt!" Recht und billig wäre ein solches Auftreten gewesen, denn, wenn das wahr ist, was die „Allg. Ztg." behauptet, so ist der Reichstag einfach getäuscht worden, und die Abstimmung über die Militärvorlage wäre höchst wahrscheinlich anders ausgefallen, wenn man den wahren Sachverhalt gekannt hätte. Oder war der Reichskanzler etwa von der preußischen Regierung zu seiner Erklärung ermächtigt? Wir bezweifeln sehr, daß Herr Miquel die Biersteuer preisgegeben hätte.

Die „Münchener Allgemeine" hält es nicht für unzweckmäßig, an Stelle der beweglichen Matrikularbeiträge eine bewegliche Bierteuer (!) einzuführen, „welche das Defizit, das das Reich nicht haben darf, durch Zuschlagzehntel beseitigen hilft, so daß die Reichsressorts bei allen Forderungen und der Reichstag bei allen Bewilligungen stets des Durstes der Wähler eingedenk blieben." Das klingt zwar etwas nach Bierulk, ist aber angesichts der wieder befestigten Stellung des Herrn v. Maltzahn ernsthaft zu nehmen. Der bereits aufgegebene Schatzsekretär soll für eine Erhöhung der Bierteuer sein, und sein Verbleiben im Amte wird mit der gestiegenen Aussicht einer Steuer auf den Durst in Verbindung gebracht. Warum soll man auch den Durst nicht besteuern, da man den Hunger so ausgiebig durch Nahrungsmittel-Zölle zu treffen versteht?

Die „Freis. Ztg." dagegen will wissen, daß das Entlassungsgesuch des Herrn v. Maltzahn vielleicht noch vor der Zusammenkunft der deutschen Finanzminister die kaiserliche Genehmigung finden werde.

Warum die Antisemiten für die Militärvorlage gestimmt haben, das verriet kürzlich in der Versammlung eines antisemitischen Vereins im 3. sächsischen Wahlkreise Herr Reichstagsabgeordneter Gräfe seinen Freunden. Er erzählte nämlich in seinem Vortrage, mit welchem er sein Verhalten rechtfertigen sollte, daß er auch an dem üblichen Gottesdienste teilgenommen habe, der dem Reichstag vorangegangen sei, und dieser sei so außerordentlich und feierlich gewesen, der Herr Pastor habe den Segen des Himmels so inbrünstig herabgefleht und seine Predigt sei so vorrefflich gewesen, daß er, Gräfe, garnicht umhin gekonnt habe, für die Militärvorlage zu stimmen. Leider, so fügte er hinzu, seien nur etwa 50 Mitglieder des Reichstags bei dem Gottesdienst zugegen gewesen. Fürwahr ein probates Mittel! Probat für einen umgefallenen Reichsboten, seinen Wählern — wenn man nämlich solche dummen Wähler hat wie die Antisemiten im allgemeinen und Herr Gräfe im besonderen — anstatt handfesten materiellen Gründen für sein Verhalten die eindringliche Predigt eines Pastors vor die Nase zu halten. Probat auch für die Regierung, wenn sie wieder eine neue Militärvorlage durchzudrücken für nötig hält — was nicht allzu lange auf sich warten lassen dürfte. Wenn der Reichstag sich widerspenstig zeigt, dann wird einmal mitten in den schönsten Deklamationen der Opposition ein Pastor, am besten derselbe, der Herrn Gräfe umgerednet hat, im Reichstage erscheinen, die Thüren werden verschlossen, damit sich keiner drücken kann, und dann wird der Pastor anfangen zu predigen; und er wird so lange und so eindringlich predigen und wird den Segen des Himmels so inbrünstig herabflehen auf die bewilligungslustige Schar, bis sie allesamt nicht anders können, als der neuen Militärvorlage zuzustimmen; — und die Regierung braucht keine Gründe mehr und sie braucht auch keine Auflösung mehr.

Eine Reichstagswahl-Steuer für die Zentrumspartei. Unserem Bruderblatt, der „Rheinischen Zeitung" in Köln, ist ein vertrauliches Rundschreiben des Zentral-Wahlkomitees der Zentrumspartei in Köln a. Rh. in die Hände gefallen. Es ist an dem Tage von ihr veröffentlicht worden, an dem es zur Ausgabe gelangen sollte. Man lese:

Vertraulich!

An den
Pfarrvorsteher Herrn . . . . . .
in Köln.

Geehrter Herr!

Die Reichstags-Wahlen haben neben den dankenswerten außergewöhnlich großen Bemühungen unserer Pfarrvorsteher und Vertrauensmänner auch außergewöhnlich hohe Kosten verursacht, abgesehen davon, daß von der letzten Wahl her noch ein Fehlbetrag von ca. 3300 M. zur Deckung übrig geblieben ist. Gegenüber den großen Anstrengungen der nationalliberalen Partei einerseits und den häufigen und scharfen Angriffen der Sozialdemokratie andererseits war eine ebenso häufige Antwort, sei es durch Flugblätter, sei es durch Plakate, sei es durch Versammlungen, notwendig. Um Ihnen ein Bild davon zu geben, welche Kosten hierdurch entstanden sind, erwähnen wir folgendes:

Es wurden verausgabt:

1. Für Aufstellung der Wählerlisten		375 M.
2. Für Druckscheen:		
586 000 Flugblätter u. Wahlanleitungen (7malige Verteilung)	2 125 M.	
288 000 Stimmzettel (Haupt und Stichwahl)	350 „	
18 Plakate	600 „	3 075 „
3. Inserate		750 „
4. Auslagen für Stimmzettelverteiler, Schreibkräfte rc. an den Wahltagen		1 200 „
5. Verschiedene Unkosten		300 „
6. Kosten des Einsammelns der Beiträge		800 „
	Sa.	6 500 M.

so daß also einschließlich des alten Fehlbetrages von 3300 M. nunmehr ca. 9800 M. aufgebracht werden müssen. Das Zentral-Wahlkomitee ist sich bewußt, keine unnützen Kosten verursacht zu haben, und daß die gemachten Ausgaben unumgänglich notwendig zur Erreichung des Ziels gewesen sind. Gegenüber diesen großen Summen sind bisher durch die Umlaufslisten von seiten der wohlhabenden Parteigenossen, welche viele große und manche sehr große Beiträge erfreulicherweise gezeichnet haben, ca. 4000 M. eingegangen; es bleibt mithin noch die Summe von 5800 M. zu decken übrig. Dieser große Betrag kann aber nur durch Inanspruchnahme weiter Kreise zusammen gebracht werden, soll die Partei nicht wieder mit einem großen Defizit an die im Herbst stattfindenden Wahlen zum Landtag und zum Kölner Stadtrat herantreten müssen. Wir richten daher an die bewährte Opferwilligkeit unserer Parteigenossen, besonders unserer Herrn Pfarrvorsteher, die dringende und zuversichtliche Bitte, ihr Interesse für die gute Sache nun auch auf die thatkräftige Hilfe zur Herbeischaffung der nötigen Gelder ausdehnen zu wollen. Unter Berücksichtigung der Zahl und Vermögenslage der Pfarreingesessenen haben wir eine Verteilung der Wahlkostensumme auf die einzelnen Pfarren vorgenommen.

Demgemäß fallen auf die Pfarre . . . . . als auf zuvringende Summe . . . . . M. . . . .

(Gemäß anliegender Liste sind von seiten der darin genannten Pfarreingesessenen aufgebracht worden . . . . . „ . . . . .

es bleibt somit in Ihrer Pfarre zu sammeln . . . . M. . . . .

Als Erfolg versprechend empfiehlt sich folgender Geschäftsgang: Die Herren Pfarrvorsteher und Vertrauensmänner wollen eine Liste der gemäß ihrer Vermögenslage zu den Wahlkosten heranzuziehenden Pfarreingesessenen aufstellen, und zwar indem zugleich jeder einzelne auf den Beitrag, den derselbe voraussichtlich leisten wird, oder leisten könnte, als Anhaltspunkt für den Sammler eingeschätzt wird. Alsdann wird jedem einzelnen das anliegende Zirkular per Post zugestellt. Ferner erforderliche Anzahl dieser Zirkulare wollen Sie von Herrn Heinrich Theissing hier gefälligst verlangen). Kurz darauf ist den Betreffenden die Sammelliste vorzulegen, wobei persönliches Vorlegen durch den betreffenden Vertrauensmann den höchsten Erfolg verspricht, weil angesehene Persönlichkeiten erfahrungsgemäß nicht so leicht abgewiesen werden, als bezahlte Boten. Wo es jedoch nicht möglich ist, die Herren Vertrauensmänner für diese gewiß nicht mühelose Thätigkeit zu gewinnen, können bezahlte Boten, deren Auswahl jedoch mit Geschick und Personalkenntnis getroffen werden muß, herangezogen werden. Alle Ihnen durch diese Thätigkeit entstehenden Kosten wollen Sie gefälligst von der in Ihrer Pfarre eingehenden Summe bei der Abrechnung abziehen. Wenn bisher von seiten der Zentrumspartei an dem Grundsatze festgehalten worden ist, nur die wohlhabenderen Katholiken zu den Wahlkosten heranzuziehen, so ist dies unter den heutigen bedeutend ungünstiger gewordenen Verhältnissen nicht mehr möglich. Wir können nur dann etwas leisten, wenn uns die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Zur Aufbringung derselben muß, wie nun einmal die Verhältnisse liegen, jeder herangen, der in der Lage ist, einige Mark für die gute Sache zu opfern, und wir hegen die feste Ueberzeugung, daß unser Appell an die Parteigenossen nicht erfolglos sein wird. Wir bitten Sie daher, geehrter Herr, ebenso dringend wie freundlich, sich dieser Sache recht warm und recht bald anzunehmen. Jedenfalls vor Eintritt der Ferien, also vor dem 15. August, muß die Sammlung beendet sein, weil sonst die Gefahr eintritt, daß viele leistungsfähige Leute verreist sein werden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

Das Zentral-Wahlkomitee der Zentrumspartei
A. A.
Mich. Billstein, Schatzmeister.

Die Herren verstehen es, das muß man ihnen lassen. Die begüterten „Parteigenossen" haben keine Lust mehr zu bezahlen, deshalb muß die große Masse der Unbegüterten herangezogen werden, und damit dies möglich ist, wird in aller Form eine Einschätzung nach dem Einkommen vorge-

Kleines Feuilleton.

Was ein Häkchen werden will, krümmt sich beizeiten. Von befreundeter Seite erhält der „Wähler" einen Ausschnitt aus den „Dresdener Nachrichten" vom Juni 1877, in dem kein geringerer als der Erkanzler mit geradezu verblüffender Treue schildert, wie Hans Blum sich giebt. Der Aufsatz lautet: „Man wird sich der „Grenzboten" Artikel erinnern, die in den letzten Wochen eine so große Rolle gespielt haben, da sie das Demissionsgesuch des Kanzlers mit den Bestrebungen einer „hohen Dame", die angeblich gegen des Kanzlers Politik gerichtet seien, sowie mit Friktionen mit dem Finanzminister in Zusammenhang brachten. Der „Berliner Westend-Zeitung" ist es nun gelungen, ein Schreiben mitteilen zu können, das die Ansichten des Fürsten selber über die erwähnten Artikel wiedergiebt. Ich hätte es nicht gedacht . . . Aber zirka zwanzig und einige Minuten habe ich dem Fürsten doch abgerungen. Fünf davon kamen auf das Besinden, auf Friedrichsruh, auf Küssungen . . . Endlich hatte ich die Unterhaltung so gewandt, daß ich die „Grenzboten" Artikel aufs Tapet bringen konnte. Der Fürst verzog das Gesicht: „Ich will nichts davon hören," sagte er. „Ich will von dem Blum nichts wissen. Wie, habe ich Ihnen nie erzählt, was der mir schon einmal für einen Streich gespielt? Es war im April 1869, als ich einen ersten Versuch mit einer parlamentarischen Soiree machte. Ich sage: Versuch. Denn an eine regelmäßige Wiederkehr solcher Gesellschaftsabende hatte ich anfangs nicht gedacht, und in der That hätte sie Hans Blum mir fast verleidet. Gleich den ersten Abend konnte ich ihm keinen Augenblick entgehen, er war immer hinter und vor mir, fing jedes Wort auf und ich sah ihn zuweilen den Bleistift gebrauchen. Ich ärgerte mich, machte jedesmal auf den Absätzen kehrt, wenn er mich anreden wollte, faßte den Grafen Bethusy-Huc oder sonst wen unter den Arm, ließ mich mit ihm in ein tiefsinniges Gespräch über die Dressur der Jagdhunde ein, nachdem ich ihm zugeflüstert: „Lassen Sie mich nicht los, bis der Blum fort ist," aber er wich und wankte nicht, verfolgte mich mit den Augen, und die Hundedressur war nahezu erschöpft. Ich erblickte plötzlich Lasker, mit dem ich ohnehin ein Hühnchen zu rupfen hatte, und manövrierte so geschickt, daß es mir gelang, Lasker in einen Winkel zu ziehen, wo ich durch andere Abgeordnete gegen meinen Verfolger gesichert schien. In demselben Augenblicke war dieser wieder an meinen Fersen und wollte mich anreden. „Erlauben Sie einen Augenblick, Herr Blum, eine Angelegenheit von der höchsten Wichtigkeit . . ." Das half, aber auch nur für einige Minuten. Am nächsten Morgen bin ich im Reichstage, studiere auf meinem Platze ein großes Aktenstück, das mir eben aus Paris zugegangen. Da bringt ein Parlamentsdiener einen mit Bleistift geschriebenen Zettel von Hans Blum. Darauf steht: „Erlauben Sie, daß ich über die gestrige Soiree, die überall einen so herrlichen Eindruck hinterlassen hat, ein Feuilleton für die „Gartenlaube" oder was es das „Daheim"? schreibe?" Was sollte ich machen? Ich schrieb ärgerlich darüber: Meinetwegen. Nach acht oder vierzehn Tagen mußte ich dann lesen, daß bei mir auf der Soiree Witze erzählt worden wären, wie sie „wörtlich" der Buchhändler nur versiegelt zu verschicken pflegt! Seitdem fürchte ich die Reporter. Seien Sie überzeugt, ich ging anfangs ernstlich mit dem Gedanken um, Journalisten zu meinen Soireen hinzuzuziehen, aber Hans Blum hat mir das verleidet. Früher las ich die „Grenzboten". Seit Herr Blum sie redigiert, habe ich sie abgeschafft. Ich habe immer Angst, es könnte mal ein Artikel darin stehen, wie er von 1869 in der „Gartenlaube". Ich traute dem Blum alles zu . . . Jetzt haben wir die Bescherung . . ." Auf den Inhalt des Artikels ging der Kanzler nicht ein, obwohl ich doch wiederholt davon wieder anfing . . .

Das „Wahlschwein". In dem hessischen Wahlkreise Alsfeld-Lauterbach hat sich nach der „N. F. Pr." bei der letzten Reichstagswahl das nachstehende köstliche Geschichtchen zugetragen: In der großen Wirtsstube eines Dorfes sollte eben eine Wahlversammlung beginnen; der nationalliberale Kandidat Professor Backhaus hatte gerade das Wort genommen zu einer Rede gegen die antisemitische Agitation, und die Bauern horchten auf. Aber kaum hatte er die ersten Worte gesprochen, da entstieht eine große Unruhe; die stattliche Wirtin stürzt aufgeregt hinein und schreit: „Mein Mann soll kommen, der Knecht soll auch kommen, die beste Sau liegt im Sterben, sie kann nicht ferkeln! Johann muß gleich einspannen und zum Tierarzt fahren!" Wer die Wahrscheinlichkeit derartiger Familienvorgänge auf dem Lande kennt, begreift, daß unter diesen Umständen von „Interesse für die Wahl" keine Rede sein konnte. Aber die Wirtin hatte ihre erregte Anrede kaum geendet, als der Redner, Professor Dr. Backhaus, mit gelassener Miene erklärte: es sei nicht nötig zum Tierarzt zu fahren. Er verstehe auch etwas von dem Geschäft und wolle der Sau sofort, wenn die Versammlung auf kurze Zeit unterbrochen werde, die nötige Hilfe leisten. Die Versammlung hatte garnicht Zeit, sich von ihrem Staunen zu erholen, daß ein Professor so etwas könnte, und da ging er schon mit aufgestülpten Hemdsärmeln hinter der Wirtin, die mit der Laterne voranleuchtete, in den geräumigen Schweinestall. Wer konnte, ging mit hinein, die anderen warteten voller Spannung draußen. Der Professor machte sich schnell an die Bereinigung der in Wehen liegenden Sau und nach wenigen geburtshülflichen Handgriffen kam das erste Junge zu tage. „Doch Prof. Backhaus! Hoch die nationalliberale Partei!" tönte es als Antwort darauf durch den Stall und pflanzte sich draußen auf dem Hofe fort. Der Notheifer hielt sich inzwischen tüchtig zur Sache und allmählich kamen sechzehn Ferkel zu tage. Nun war der Freude kein Ende; die Versammlung wurde in der heitersten Stimmung zu Ende geführt. Die Hilfe aber, welche der Kandidat, der Professor an einer landwirtschaftlichen Lehranstalt ist, der besten Sau in ihrem schweren Stündlein geleistet, brachte der nationalliberalen Partei in jenem Bezirke dreihundert Stimmen ein, sie brachte die Partei in die Stichwahl und dürfte ihr dadurch auch zum Siege verhelfen. Während es nun nach der jüngsten Abstimmung im Reichstage hieß: Vieit Caprivi, capri vi (es regte Caprivi durch die Kraft des Böckels), wird man dann, wenn bei der Stichwahl die Dankbarkeit der hessischen Bauern noch vorhält, sagen können, daß eine Sau einen Antisemiten aus dem Reichstage vertreiben hat!"

Tierquälereien. Der Vorstand des Berliner Tierschutzvereins hat einen sehr beherzigenswerten Aufruf gegen die Tierquälerei an die deutschen Gesinnungsgenossen und Leser gerichtet, worin er auf die verrohende und entsittlichende Wirkung hinweist, welche die Tierquälerei auf das Volk, besonders auf die Jugend, ausübt und sich namentlich gegen das grausame Schlachten, den Vogelfang mittelst Schlingen, das Angeln der Fische, die Ausreisung der Froschschenkel, die unbarmherzige Ausnützung alter Pferde rc. wendet. Wir möchten den Berliner Verein auch auf folgende Tierquälereien aufmerksam machen, die wir in der Berliner „Kreuzzeitung" vom 27. d. M. ohne ein Wort der Mißbilligung berichtet finden: „Damit die Schwäne auf der Havel und der Spree nicht davonfliegen können, werden den Jungen alljährlich die Flügel gebrochen. Diese Prozedur wurde (nach dem „A. f. d. H.") vor einigen Tagen an verschiedenen Uferstellen, wohin man die Tiere zusammengetrieben hatte, unter Aufsicht des Großfischermeisters Mahnkopf von jenen Leuten ausgeführt. Nächstens wird auch wieder das Pflücken der älteren Schwäne stattfinden; es werden ihnen dabei die zur Füllung von Daunenbetten geeigneten Federn ausgerissen, die für den königlichen Hofhalt bestimmt sind."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189308 01-17/fragment/page=0002

nommen, aber — unter einigen Mark soll niemand bezahlen. So haben die armen von der Zentrumspartei bethörten Arbeiter jetzt indirekte Steuern, direkte Steuern für Staat und Gemeinde, Kirchensteuern und nun jetzt auch noch eine „Reichstagswahl-Steuer“ für die Zentrumspartei zu bezahlen. Damit aber ja niemand auf den Gedanken kommen sollte, sich drücken zu wollen, wird der „Vertrauensmann“ gleich selbst zum Einkassieren geschickt, der gewiß ebenogut wie ein Gerichtsvollzieher wirken wird. Wem es hier von den Zentrumswählern aus der Arbeiterklasse noch nicht wie Schuppen von den Augen fällt, der ist den Strick wert, den er sich durch die Bezahlung dieser Gelder selbst dreht. —

Publizierung preußischer Steuergesetze. Der „Staats-Anzeiger“ vom 28. Juli veröffentlicht das Gesetz wegen Aufhebung direkter Steuern und das Ergänzungs- (Vermögens-) steuer-Gesetz. — Im „Staats-Anzeiger“ vom 29. Juli wird das Kommunalabgaben-Gesetz, vom 14. Juli datiert, veröffentlicht.

Die Steuer der Offiziersväter. Wie der Militarismus unser ganzes öffentliches und leider auch einen großen Teil des privaten Lebens durchdrinkt, das bekunden fast jeden Tag von neuem Vorkommnisse, die auf den ersten Blick vielleicht nicht gerade wichtig erscheinen, die aber ihre richtige Bedeutung erst erlangen, wenn man sie mit ähnlichen Vorkommnissen zusammenhält und sie als Symptome der herrschenden Zustände betrachtet und behandelt. So ist z. B. die bevorzugte Behandlung, deren sich die Offiziershunde bei der Besteuerung erfreuen, ja nicht gerade von hervorragender sachlicher Bedeutung, aber sie charakterisiert recht deutlich die privilegierte Stellung, welche sogar der Fiskus wohl oder übel dem Militär einräumen muß. Das gilt in gleichem Maße von einer, durch Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts als dem Gesetz entsprechend anerkannte Ausnahmestellung der Väter von Offizieren in bezug auf die Einkommensteuer. Nach diesem Erkenntnis, welches die „Nordd. Allg. Z.“ veröffentlicht, sind die Zulagen, welche die Offiziere auf Grund der von ihren Vätern gegenüber der Militärbehörde übernommenen Verpflichtungen beziehen, bei Veranlagung zur Einkommensteuer von dem Einkommen der Väter in Abzug zu bringen, weil sie nach der Auffassung des genannten Gerichts „auf besonderen Rechtstitel beruhende dauernde Lasten“ darstellen. Diese Abzugsfähigkeit der Zulage soll sogar auch in dem Falle vorhanden sein, wenn die schriftliche Abfassung der von dem pflichtigen Vater dem Regimentskommandeur erteilten Zusage unterblieben ist. Die teilweise Steuerfreiheit des Offiziersvaters ist wieder eine ganz weientliche Konzession an den Militarismus.

Etwas zum Maßregeln. Bremen, 28. Juli. Der hiesige Prediger Kalthoff hat in einem sozialdemokratischen Diskutierklub einen Vortrag über Rhetorik gehalten. Natürlich erging man sich in Versammlungen und in der Presse in den giftigsten Angriffen gegen den „extrem-freisinnigen“ Theologen, der mit „Umstürzlern“ gemeinsame Sache mache. Kalthoff erklärte darauf, er erachte es als seine Pflicht, die Arbeiter zu belehren, wo er nur könne; er übe diese Pflicht ohne Berücksichtigung des Parteistandpunktes seiner Zuhörer aus. Ohne Zweifel wird infolge dieser Erklärung von den „Frommen“ ein hochnotpeinliches Disziplinarverfahren gegen Kalthoff herbeigeführt werden.

Beschlagnahme. Auch die zweite Nummer der Sammlung „Gekrönte Häupter“ (August der Starke, Kurfürst von Sachsen) ist der Konfiskation verfallen.

Internationale Solidarität des Proletariats. Die französischen Genossen, die uns in unserem Wahlkampfe so treu zur Seite standen, haben jetzt selber einen Wahlkampf von entscheidender Bedeutung durchzufechten und die Proletarier aller Länder, die uns so werktätig unterstützten, haben nun ihnen gegenüber die Pflicht der internationalen Solidarität zu erfüllen. Der deutsche Parteivorstand hat eingedenk dieser Pflicht 2500 Franks an die französischen Brüder als Beitrag zu ihrem Wahlfonds zu schicken beschlossen.

Ein Faustkampf im Parlament. Während die französischen Parlamentarier glauben, daß ihre „Ehre“ wieder hergestellt sei, wenn sie sich zum Duell fordern und dann absichtlich in die Luft schießen, wird die „Ehre“ bei den englischen „Volksvertretern“ durch Boxen wiederhergestellt. Am letzten Donnerstag wurde im englischen Unterhause die Spezialdebatte über die Homerule-Beratung zu Ende geführt. In dieser Sitzung kam es zu Szenen, welche an die antisemitischen Versammlungen erinnern. Als Chamberlain kurz vor 10 Uhr bei der Beratung eines Amendements zu dem neuen Finanzparagraphen der Homerulebill energisch gegen Gladstone das Wort führte, begrüßten ihn laute Rufe „Judas“ auf den Bänken der Nationalisten. Als sodann der Vorsitzende sich erhob, um das Amendement zur Abstimmung zu bringen, ertönten von Seiten der Konservativen Ordnungsrufe. Der Lärm im Hause war so stark, daß anfangs der Zweck dieser Rufe nicht zu erkennen war. Wie sich später herausstellte, wünschten einige Konservative, daß P. T. O'Connor das Wort „Judas“ zurückziehe. Zwischen mehreren Nationalisten und Konservativen entstand ein Faustkampf, der nur mit Mühe unterdrückt werden konnte. Es war eine Szene ohne Beispiel in der bisherigen Geschichte des britischen Parlaments. Schließlich wurde der Sprecher in den Sitzungssaal gerufen, welcher zunächst O'Connor veranlaßte, sich zu entschuldigen, und sodann das Haus aufforderte, den Zwischenfall zu vergessen und die weiteren Verhandlungen so zu führen, wie es der „Ehre und den Traditionen des Hauses“ entspreche. Darauf wurde die Spezialdebatte der Homerulebill erledigt.

Der englische Bergarbeiteraustand hat am Sonnabend begonnen. Nach einer Meldung vom 29. Juli waren bis dahin 250 000 Mann ausständig. Man nimmt an, daß in der zweiten Augustwoche 340 000 Mann streiken werden. — Eine in Newcastle abgehaltene Versammlung der Grubenbesitzer beschloß, die Beantwortung der Arbeiterforderung einer 16-prozentigen Lohnerhöhung auf eine Woche zu vertagen, um mit dem Arbeiteraustausch zu unterhandeln. — Eine Konferenz der schottischen Bergarbeiter in Glasgow beschloß, das Resultat der Grubenbesitzer-Versammlung am Mittwoch abzuwarten. Falls die Versammlung die Mehrforderung von einem Schilling täglich ablehnt, wird der Streik beginnen.

Die siamesische Frage ist aus der Welt geschafft — wenigstens für den Augenblick. Nach einer Depesche vom heutigen Tag hat die Regierung Siams das französische Ultimatum bedingungslos angenommen. Das Lamm sah, daß ihm kein Helfer erstand, und es fügte sich dem Gebote des Wolfs. Jedenfalls hat England zu dieser raschen Lösung beigetragen, und damit der französischen Regierung, die einen kleinen Krieg mit obligaten Lorbeeren für die Wahl brauchte, einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Gouverneur Altgeld von Illinois (Amerika) hat an die Spitze der Arbeits-Inspektionsbehörde seines Staats, welche die Durchführung der gegen das Schwitzsystem gerichteten „Anti-Sweat-Shopbill“ zu überwachen hat, die bekannte Sozialistin Mrs. Florence Kelley gestellt. Frau Kelley hat „die Lage der arbeitenden Klassen in England“ ins Englische übersetzt und steht ganz auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus.

Wieder ein kapitalistischer Justizmord aufgedeckt. Kaum ist es an den Tag gekommen, daß der Chicagoer Anarchistenprozeß eine blutige Farce war und daß dessen Opfer durch den Fanatismus verbohrter Bourgeois und ins Zuchthaus gebracht worden sind, und schon kommt aus Amerika die Kunde von der Entdeckung eines nicht minder scheußlichen Verbrechens. Die Leser erinnern sich des Pittsburger Vergiftungsprozesses, der sich im Frühling dieses Jahres abspielte und allen Spießbürgern den Angstschweiß auf die Stirne trieb. Der Distriktswerkmeister des Arbeitsritterordens, Mr. Dempsen, sollte im Auftrage der organisierten Arbeiter mit Hilfe einer Anzahl von Verschwörern Massen von Scabs, d. h. Streikbrechern, vergiftet haben. Er wurde auch zu langjährigem Gefängnis verurteilt. Wir drückten sofort unsere Zweifel aus. Und jetzt hat denn auch der Hauptbelastungszeuge gegen Dempsey gestanden, daß dieser vollkommen unschuldig ist. „Im St. Louis Tageblatt“ vom 15. d. finden wir, hierauf bezüglich, folgende Notiz:

Die Pittsburger Scab-Vergiftung. Nach den Homesteader Unruhen vom vorigen Jahr und den ersten Versuchen Fricks, die Fabrik mit Scabs zu betreiben, welche im „Fort“ Schlafstelle und Beköstigung erhielten, ereigneten sich unter diesen „Boarders“ Carnegies mehrere Erkrankungs- und Todesfälle, welche auf Vergiftung deuteten. Letztere ward von den Gerichten auf Grund von Sachverständigen Gutachten als über allen Zweifel erwiesen angenommen, obschon die Verteidigung Umstände aus Licht förderte, nach denen die Erkrankungen ebensowohl durch schlechtes Trinkwasser verschuldet sein konnten.

Das Gericht nahm als erwiesen an, daß die Speisen der Scabs durch die Köche der Firma Gallagher und Davidson vergiftet worden. Die Genannten waren in vielen Punkten geständig und machten überdies die Eröffnung, daß sie vom Distriktsmeister, Dempsey, zu jenem Verbrechen gedungen worden seien.

Dempsey protestierte gegen die Beschuldigung und gestand nur zu, daß er mit Angestellten der Firma zu Spionierzwecken verhandelt habe. Alle, die Dempsey lange kannten, waren gern geneigt, seiner Versicherung Glauben zu schenken, aber die Haupt-schuldigen, die zwei Köche Gallagher und Davidson, zogen eine Eidbewisekette um ihn, daß die Geschworenen ihn, gleich jenen, schuldig sprachen und zu langer Zuchthausstrafe verurteilten.

Nun hat nach einer hertelegraphierten Mitteilung des „Pittsburger Chronicle Telegraph“ der Hauptschuldige **Gallagher ein Geständnis abgelegt, daß Dempsey unschuldig sei. Er, Gallagher, und sein Komplize Davidson, seien durch Drohungen wie durch Straffreiheit-Versprechungen bewogen worden, Dempsey hineinzuziehen und der Urheberschaft der That zu bezichtigen.**

Die Depesche schließt mit den Worten:

„Durch Gallaghers Geständnis wird eine Anzahl von Leuten kompromittiert, und wenn die Geschichte der Verschwörung ganz an den Tag kommt, wird Pittsburg eine seiner größten Sensationen erleben.“

Wir wissen vorläufig nicht, was wir von dieser Depesche halten sollen; denn ihre Vertrauenswürdigkeit wird durch folgenden Satz erschüttert:

„Die Anwälte Dempseys werden die Angelegenheit vor den Begnadigungsrat bringen und sich bemühen, seine Freilassung zu erwirken.“

Wenn aber Dempsey lediglich durch falsches Zeugnis verurteilt wurde, bedarf er keiner „Begnadigung“, sondern eines neuen Prozesses zur Freisprechung.

Wir wollen die weitere Entwickelung der Sache abwarten und einstweilen nur noch bemerken, daß die Chicagoer Opfer durch ganz ähnliche Praktiken aus Messer geliefert wurden, und daß in ihrem Prozeß die Zeugen erwiesenermaßen in ganz ähnlicher Weise bearbeitet waren. Auf einen Meineid mehr oder weniger kommt es dieser dollarwütigen Geldsacks-Gesellschaft nicht an, die seinerzeit ein so lautes Hallo erhob, als einige Sozialdemokraten durch ihr Solidaritätsgefühl sich in eine juristische Falle locken und zur Beschwörung unwahrer Thatsachen verleiten ließen. Jene Sozialdemokraten, wenn wir ihr Handeln auch nicht billigen können, hatten doch edle Beweggründe, und sie stehen unendlich über den kapitalistischen Halunken, die aus den niedersten Beweggründen falsches Zeugnis erkauften oder leisteten. Und diese Halunken wurden von der Kapitalistenklasse in allen Ländern der Erde als Gesellschaftsretter gepriesen!

Lokales und Provinzielles.

Halle a S., 31. Juli.

Oeffentliche Anerkennung, wie solche von uns schon wiederholt gelegentlich erfolgter Abhilfen von unsererseits gerügten Uebelständen den betreffenden Behörden ausgesprochen wurde, verdient auch die in diesen Tagen erfolgte Beachtung unserer, die mangelhafte Beleuchtung der durch Abbrüche, Kanalisation, Gasrohrlegung und uralte Pflasterverhältnisse in ländlich idyllische Verfassung versetzten Robert Franzstraße kritisierende Notiz in Nr. 172 des „Volksblatts“. Schon innerhalb drei Tagen wurde eine seit fast einem Vierteljahre ohne Scheiben an der bedenklichsten Stelle dieser für Fußgänger schwierigen Passage stehende Laterne mit solchen versehen und in Dienst gestellt. Es war dies keine neu eingerichtete, sondern eine „historische“ Laterne, wie ja der ehemalige Mühlgraben städtischerseits als „historische Straße“ ankannt ist, was aber eine Besserung der Straßenverhältnisse noch immer nicht, trotz der von Anliegern derselben dargebotenen sehr hohen Kostenbeiträge, veranlaßt hat; man scheint sie als „historische Merkwürdigkeit“ Halles zur Erinnerung an die schönen Zeiten der „Gremitage“ noch recht lange in ihrem Urzustande konservieren zu wollen.

Der Heidegang der Metallarbeiterkrankenkasse mußte des schlechten Wetters wegen unterbleiben und ist auf nächsten Sonntag den 6. August verschoben worden.

In den Bürger- und Volksschulen hat heute (Montag) der Schulunterricht nach den Ferien wieder begonnen.

Der Fernsprechverkehr zwischen Halle und Hamburg ist eröffnet worden.

Versicherungswesen. Da viele Ortskrankenkassen ihren an geschlechtlichen Krankheiten leidenden Mitgliedern jedwede Unterstützung verweigern und damit gegen die §§ 6a und 26a der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 10. April 1892 verstoßen, haben die preußischen Minister des Innern, der Medizinalangelegenheiten und des Handels in einer gemeinschaftlichen Verfügung die Ortskrankenkassen darauf hingewiesen, daß die Krankenkassen zur Kürzung oder Entziehung des Krankengeldes nur dann berechtigt sind, wenn die Krankheit infolge ausschweifenden Lebenswandels entstanden ist. Ärztliche Behandlung, Medizin und alle zur Wiederherstellung nötigen Verrichtungen und Heilmittel müssen jedoch auch diesen Kranken gewährt werden. Die Minister sprechen den Wunsch aus, es möchten diese Kranken, bei denen die Gefahr der Weiterverbreitung der Krankheit besonders groß ist, im Interesse der Volksgesundheit möglichst schnell und sicher wieder hergestellt und zu diesem Zwecke möglichst einem öffentlichen Krankenhause überwiesen werden.

Unfall. In der Herrenstraße wurde am Sonnabend mittag ein etwa 8jähriger Knabe, welcher seinem Vater das Essen nach der Arbeitsstätte getragen hatte, von einer Droschke überfahren und beträchtlich verletzt, so daß er in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Das Kind wollte vor der Droschke den Fahrbahnum überschreiten, wurde aber von dem Gefährt erfaßt und zu Boden geworfen, so daß die seitlichen Räder über den Knaben weggingen.

Gestorben sind vom 23. bis 29. Juli in Halle 96 Personen, und zwar an: Brechdurchfall 16, Darmkatarrh 17, Lungenentzündung 9, Lähmung 1, Schwäche 6, Abzehrung 4, Wassersucht 1, Krämpfe 7, Luftröhrenkatarrh 2, Magenkrebs 1, Alterschwäche 3, chron. Ruhr 3, Speiseröhren- und Magenkrebs 1, Herzfehler 3, Kroup 1, Rückenmarksschwindsucht 1, Gehirnentzündung 6, Magengeschwür 1, Lungenkatarrh 2, Gehirnerweichung 1, Lungenschwindsucht 2, Scharlach 1, Keuchhusten und Schwindsucht 1, Gehirnabsceß 1, Gebärmutterkrebs 1, Blasenkrebs 1, Schlagfluß 1, Altersbronchitis 1, Folgen einer Verbrennung 1. Darunter befinden sich 13 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

Querfurt, 29. Juli. Beim Schützenfeste, welches hier am Donnerstag stattfand, wurde am Abend auch ein Feuerwerk abgebrannt, bei welchem ein Kind durch einen Feuerwerkskörper erheblich am Kopfe verletzt wurde. Wen das Verschulden trifft, konnte noch nicht festgestellt werden. Es wird behauptet, daß die mit dem Abbrennen des Feuerwerks Beschäftigten nicht das nötige Verständnis dazu gehabt haben sollen.

Erfurt. Dieser Tage starb nach einem Krankenlager von wenig Tagen der Oberregierungsrat v. Tschoppe, derselbe, an welchen der berühmte Brief des Bürgermeisters Lange gerichtet war. Uebrigens ist die Krankengeschichte nicht schuld an dem unerwarteten Tode des Heimgegangenen, vielmehr hat ein Herzschlag dem Leben des Gläubigen Mannes ein Ende bereitet. (Erfk. Ztg.)

Ein Zechpreller in Uniform. Ein vom Kommando in Baden kommender Unteroffizier des Königs-Grenadier Regiments Nr. 7 Liegnitz passierte auf seiner Durchreise Erfurt. Unser zukünftiger Volksschullehrer verspürte aber Durst, weshalb er in eine Restauration einkehrte, um sich an einem kühlen Trunke zu laben und da sich bekanntlich zu zweien besser trinkt als allein, so lud er auch noch einen Schneider ein, auf sein (des Unteroffiziers) Konto einen Schoppen zu genießen. Als es jedoch ans Bezahlen ging, erklärte der Vaterlandsverteidiger dem Wirt seine Insolvenz. Er habe in der Martinikaserne geschlafen und sein Portemonnaie im Spind liegen lassen. Er wollte in einer Stunde wiederkommen, um die Zeche im Betrage von 1.45 M. zu begleichen. Der Wirt ließ sich durch die Aufschneiderei des Kriegsmannes bethören und gewährte ihm freien Abzug. Am anderen Tage wurde aber dem Wirt gemeldet, daß der Unteroffizier bereits wieder in einem anderen Wirtshause sich festgekneipt habe. Sofort begab er sich dorthin, verständigte seinen Kollegen von der Sache und holte einen Polizei-Sergeanten herbei. Beide setzten sich in die Gaststube, der betreffende Unteroffizier aß und trank nach Herzenslust und erzählte, daß er heute direkt von Baden komme und nach Posen fahre. Jetzt griff der geprellte Wirt ein und sagte ihm: „Sie kommen jetzt von der Bahn und gestern haben Sie mich um die Zeche geprellt. Sie Lügner!“ Der betr. Beamte schritt ein und frug, wie hoch sich die neue Zeche belaufe. „3 Mark 20 Pfennige,“ hieß es. Als der Beamte den Unteroffizier zur Zahlung aufforderte, antwortete er: „Ich habe keinen Pfennig.“ Darauf wurde er zur nächsten Wache gebracht. Hier ergab es sich, daß die Marschroute des Unteroffiziers garnicht über Erfurt läuft und daß sein Gepäck seit etlichen Tagen auf der Bahn lagert. Ein Sergeant und ein Unteroffizier brachten den Zechpreller nach dem Petersberge in Prison.

Aschersleben, 30. Juli. Vom Generalkommando zu Magdeburg ist an den hiesigen Magistrat ein Anschreiben gerichtet, wonach die Stadtbehörden aufgefordert werden, anzugeben, ob und unter welchen Bedingungen sie zum 1. Oktober ein Regiment Infanterie unterzubringen vermögen. Es werden u. a. zwei Schießstände von 300 bezw. 600 Metern Länge und ein Sicherheitsstreifen von 4000 Metern sowie für jedes Bataillon ein Exerzierplatz von 30 Hektaren gleich 120 Morgen gefordert.

Weißenfels, 28. Juli. Gestern stellte sich der Zigarrenarbeiter B. aus Gera, der als Kassierer des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter in Gera ihm anvertraute Gelder im Betrage von 70—80 Mark unterschlagen hatte, freiwillig der hiesigen Polizei.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 30. Juli. (Ferienstrafkammer.) Wegen Beteiligung an einer Schlägerei, wodurch der Tod des 23jährigen polnischen Arbeiters Swienersky aus Greppin verursacht worden ist, hatten sich die 3 polnischen Arbeiter Michael Piakowsky, Martin Schmitta und Johann Nowak zu verantworten. Sämtliche Angeklagte beschäftigt als Arbeiter in einer Grube bei Bitterfeld, und vorbestraft wegen Körperverletzung mit mehreren Monaten Gefängnis, befanden sich am Abend des 12. Februar d. J. in der Wohnung des Arbeiters Szeutczak in Greppin bei Bitterfeld, wo sie sich vergnügten. Durch das Treiben in der Wohnung, Harmonikaspiel u. s. w. wurden die beiden in der Nähe der Wohnung sich befindlichen polnischen Arbeiter Ignatz Palutczek und Franz Swienersky herbeigelockt, die Einlaß begehrten, da sie glaubten, es wären einige ihrer Kameraden an dem Vergnügen beteiligt. Hierüber entstand zwischen den Einlaß Begehrenden und den sich in der Wohnung Befindlichen ein heftiger Wortwechsel, der schließlich zu einer blutigen Schlägerei ausartete. Seitens der Angeklagten wurde mit Steinen nach Swienersky und Palutczek geworfen, so daß letzterer blutüberströmt zu Boden stürzte. Piakowsky und Nowak hatten mit ziemlich starken Krümpeln auf Palutczek eingehauen, so daß selbiger mehrere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen bekommen hatte. Nowak war außerdem beobachtet worden, wie er mit einem zweizinkigen Eisen, von einer Radehacke herrührend, bei der Schlägerei umherhantiert hatte; ob er aber damit geschlagen, konnte durch die Beweisaufnahme nicht festgestellt werden. Am erheblichsten war Swienersky verletzt worden, der mehrere Stiche in den Rücken erhalten; wer selbige aber verantaßt, konnte ebensalls wegen des bei der Schlägerei stattgehabten Durcheinandersens nicht erwiesen werden. Infolge der Verletzung hatte sich Swienersky unterlichen laßen, aber seinen Wunden bezüglich ärztlicher Behandlung wenig Beachtung geschenkt, weshalb er am 19. Februar durch die Schleppung der örtlichen Eingriffe erstickte und im Kreiskrankenhause zu Bitterfeld aufgenommen werden mußte. Hier verkarb der Verletzte am 25. Februar an einer Entzündung der inneren Organe, wobei Herzlähmung hinzugetreten war. Durch den heute geladenen Sachverständigen Kreisphysikus Dr. Adenstedt aus Bitterfeld, der die Obduktion des Verstorbenen vorgenommen hatte, wurde bekundet, daß die Krankheit die Folge der Verletzung und somit die Verletzung die Todesursache gewesen ist. Der Verletzte Palutczek ist nach der Schlägerei von Bitterfeld verschwunden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930801-17/fragment/page=0003

und nachdem gesucht, aber nicht ermittelt worden. Die Angeklagten Plakowsky und Nowak sind geständig, den Paketzek mit Knüppeln geschlagen zu haben, sie bestreiten aber die Beteiligung an der Verletzung Swienerskys. Schnitta bestreitet, überhaupt sich an der Schlägerei beteiligt zu haben. Letzterem konnte durch die Beweisaufnahme nichts Gravierendes nachgewiesen werden. Die Staatsanwaltschaft erachtete alle 3 Angeklagte der gemeinsamen Beteiligung an einer Schlägerei, wodurch der Tod eines Menschen verursacht worden ist, und der Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs für überführt und beantragte gegen jeden 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erachtete nur Plakowsky und Nowak für überführt und erkannte gegen jeden auf 9 Monate Gefängnis, wovon 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurden. Schnitta wurde freigesprochen. Gelegentlich der Kaiserjagd in Piesdorf am 5. November v. J. war es zwischen mehreren Arbeitern aus Könnern und aus Piesdorf zu einer „Keilerei" gekommen, welche zur Folge hatte, daß die drei Arbeiter Karl Knöfler, Karl Schmidt und Karl Krämer, sämtlich aus Könnern, vom Schöffengericht zu Aisleben wegen Körperverletzung ersterer zu 15 M. Geldstrafe ev. 5 Tagen Gefängnis, Krämer zu 2 Wochen und Schmidt wegen Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 1 Monat Gefängnis verurteilt wurden. Gegen dieses Urteil hatten die drei Angeklagten Berufung eingelegt mit dem Bedeuten, sie waren zuerst angegriffen worden und hätten in Notwehr gehandelt. Aus der Beweisaufnahme ging folgendes hervor: Die Angeklagten begaben sich an jenem Tage nach Piesdorf, um den Kaiser zu sehen. Unterwegs trafen sie mit den beiden Knechten Fischmann und Görland zusammen, die von den Angeklagten Feuer und eine Zigarre verlangten. Als diese sich weigerten, eine Zigarre herzugeben, fielen seitens der beiden Knechte Fischmann und Görland Redensarten wie: „Was, Ihr wollt uns an so einem Tage nicht einmal eine Zigarre geben? Dann macht einmal, daß Ihr aus Piesdorf rauskommt, sonst sollt Ihr einmal die Piesdorfer kennen lernen!" Hierauf kam es zu einem Wortwechsel, dann zur Rempelei und schließlich zur Keilerei, wobei Fischmann und Görland den Kürzeren zogen, indem sie von den drei Angeklagten gemeinschaftlich verhauen wurden. Bei der Schlägerei wurden Regenschirme, Radehacken und teilweise auch Hau[illegible]angen gebraucht; sie endete auf beiden Seiten mit blutigen [illegible]opfen. Des Angeklagten Schmidt Widerstand bestand darin, daß er sich der Arretur durch einen hinzugekommenen Beamten widersetzte. Die Staatsanwaltschaft beantragte Verwerfung der Berufung. Der Gerichtshof hob aber das Urteil auf und sprach alle drei Angeklagten von der Anklage der Körperverletzung frei, indem bei der allgemeinen Prügelei nicht festzustellen war, ob die Angeklagten die Angreifer gewesen waren. Schmidt wurde aber wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Nah und Fern.

Der Fall Pickert I, über den wir in Nr. 175 nach unserem Leipziger Bruderblatt berichteten, wirft ein grelles Licht auf die Korruption in der regierungsfreundlichen Presse. Während die Organe der „Ordnungsparteien" mit wahrer Gier über jeden Armen herfallen, der, um den Hunger zu stillen, sich gegen die herrschenden Gesetze vergangen hat, und sich den Teufel darum scheren, ob durch die Veröffentlichung seines Namens sein späteres Fortkommen auch gehindert wird, wird hier geflissentlich eine Aufsehen erregende Angelegenheit einzig aus dem Grunde verschwiegen, weil sie einen Hüter der heutigen Ordnung betrifft. Erst nachdem ein sozialdemokratisches Organ den Fall aufgedeckt, reagiert die polizeifromme Presse darauf. In wie lendenlahmer Weise das geschieht, zeigt folgende Notiz des „Leipziger Tageblatts": „Das hiesige sozialdemokratische Blatt „Der Wähler" schreibt, daß gegen einen Polizei-Wachtmeister infolge einer gegen ihn gerichteten Denunziation die Untersuchung eingeleitet worden sei, und überschüttet die übrige Presse mit Vorwürfen, weil sie von dem Falle bisher noch nicht Notiz nahm. Diese Vorwürfe sind unberechtigt, da die Untersuchung noch garnicht abgeschlossen und die Schuld noch garnicht „erwiesen ist." Der „Wähler" antwortet schlagend: Wir quittieren dankend über diese vielsagende Notiz, deren Niederschrift dem „Tageblatt" entschieden viel Kopfschmerzen verursacht hat. Die wahrhaft Tacitesche Kürze, deren sich das sonst so geschwätzige Organ unserer Gesetzphilisier diesmal befleißigt, ändert an der Thatsache nichts, daß das „Tageblatt" zwischen den Zeilen ausdrücklich zugesteht, daß es um die unsaubere Geschichte genußt und trotzdem seinen Lesern kein Wort davon mitgeteilt hat. Die Ausrede, dies sei nur deshalb geschehen, weil „die Untersuchung noch nicht abgeschlossen und die Schuld des betreffenden Beamten noch garnicht erwiesen sei", wird wohl bei allen Gönnern und Kennern des „Tageblatts" nur ein mitleidiges Lächeln erwecken. Denn abgesehen davon, daß die Behauptung des städtischen Anzeigeblattes nicht die geringste Wahrscheinlichkeit für sich hat, pflegt sonst das „Tageblatt" bei Verbreitung derartiger krimineller Notizen nicht so vorsichtig und zurückhaltend zu sein. Wir erinnern bloß an die plumpe Wahllüge, die am Tage vor der letzten Reichstagswahl über unsern Genossen Kunert in Halle verbreitet wurde. Hat sich das „Tageblatt" damals auch nur einen Augenblick besonnen, das Lügentelegramm, daß Kunert wegen gemeinen Diebstahls verhaftet sei, in auffälligster Weise nachzudrucken? Ja, noch mehr! Als sich hinterdrein diese Nachricht, an die übrigens schon vorher kein anständiger Mensch glaubte, als eine ganz gemeine Wahllüge entpuppte, fand es das „Tageblatt" nicht einmal für nötig, unserem Genossen Kunert, dem es doch durch die Verbreitung jener Lügennotiz die Ehre abgeschnitten hatte, durch einen einfachen Widerruf Genugthuung zu geben. Freilich handelte es sich hier ja um einen sozialdemokratischen Agitator, dem gegenüber nach der nationalliberalen Moral alle Mittel der Verleumdung und Beschimpfung angebracht sind. Ganz anders liegt die Sache natürlich, wenn hier in Leipzig ein Polizei-Wachtmeister verhaftet wird. Hier mußte das „Tageblatt", obwohl es sich jeden Augenblick über den Vorfall aus direkter Quelle auf das Genaueste unterrichten kann, erst den weiteren Gang der Untersuchung abwarten! So verlangt es der nationalliberale Glaube an die Unfehlbarkeit des Beamtentums. Es geht doch nichts über die journalistische Gerechtigkeit! Im übrigen wird das „Tageblatt" keinem vernünftigen Menschen die Ueberzeugung beibringen, daß es den Fall Pickert überhaupt jemals zur Sprache gebracht hätte, wenn es nicht vom „Wähler" dazu genötigt worden wäre. Man sieht, die sozialdemokratische Presse hat doch auch ihr gutes: sie lehrt die taubstummen Kollegen reden.

Einen Studentenkrawall hat auch Deutschland gehabt, der die Behörden stark beschäftigte. Politisch war die Sache ebenso wenig wie in Paris; unsere deutschen Studenten scheinen jedoch mehr im Rechte gewesen zu sein, als die Pariser Kollegen. Das Stück spielte in Marburg, wo ein Professor der Medizin, der mitunter „schroff im Ausdruck" sein soll, verschiedentlich seine Zuhörer derselbst verletzte, daß — horribile dictu — der Boykott gegen ihn beschlossen, und auch ausgeführt ward. Darob großes Entsetzen bei den Stadtbürgern, die Marburg bereits von den Musensöhnen verlassen sahen — und noch mehr bei der hohen Obrigkeit, der beim Gedanken an den sozialdemokratischen Boykott die furchtbarsten Zukunftsbilder auftiegen. Ein Abgesandter des Kultusministeriums wurde aus Berlin geschickt, um zu vermitteln. Und der Streit scheint jetzt auch so ziemlich beigelegt zu sein, nachdem eine Anzahl der führenden Studenten das consilium abeundi, das ist: den Rat des Weggehens, eine mildere Art der Verweisung, haben unterschreiben müssen.

Schiffsunfälle. Danzig, 29. Juli. Die Korvette „Olga" rannte beim Einlaufen in den Hafen fünf Dreckbahne an. Der angerichtete Schaden beträgt mehrere tausend Mark. — Hamburg, 29. Juli. Die englischen Dampfer „Pimon" und „Glendale" sind heute vormittag bei Altenbruch auf der Unterelbe zusammengerannt. Beide Dampfer sind schwer beschädigt; der „Glendale" ist auf den Grund gesetzt. Die Besatzung ist gerettet. — Liverpool, 29. Juli. Das hiesige Barkschiff „Adventurer" nach Talcahuano unterwegs, ist an der chilenischen Küste mit der ganzen Besatzung untergegangen.

Wien. Ueber eine Soldatenmißhandlung wird dem „Pester Lloyd" folgendes berichtet: Am Montag abend wurde in Komorn die Mannschaft des 12. Infanterie-Regiments zum Bade in der Donau kommandiert. Das Kommando führte der Reserve-Leutnant Dr. Julius Kosch. Plötzlich ließ dieser Offizier den in der 6. Kompagnie dienenden Gemeinen Josef Turtsek aus dem Wasser holen, kommandierte ihm an hundertmal „auf und nieder" und schlug mittlerweile mit der flachen Klinge auf den Mann los, bis dieser halbtot und blutüberströmt sich nicht mehr rühren konnte. Dann warf der Offizier seinen blutriefenden Säbel weg und entfernte sich mit raschen Schritten vom Schauplatze seiner That. Der mißhandelte Soldat wurde von seinen Kameraden ins Krankenhaus gebracht; gegen den Offizier aber wurde bei der vorgesetzten Militärbehörde die Anzeige erstattet.

Soldatenleben, das heißt lustig sein. Pest, 28. Juli. Beim 13. Husaren-Regiment sind angeblich 26 Mann desertiert wegen übermäßiger Strenge des Schwadronchefs.

Große Hitze. New York, 28. Juli. Das Thermometer zeigte gestern 96 Grad Fahrenheit (36 Grad Celsius), es sind zahlreiche Todesfälle durch Sonnenstich vorgekommen.

Quittung.

F. Kutscher zur Unterstützung des „Volksblatt" 50 Pf.

Die Expedition.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 29. Juli.

Aufgeboten: Der Metalldreher Paul Gröbel und Martha Hunold (Zentergasse 3). Der Geschäftsführer August Klötzig und Emma Schaaf (Georgstraße 13). Der Schlosser Hermann Pollender und Minna Reinert (Glauchaerstraße 32). Der Gemeindelehrer Gustav Noske und Ida Göbel (Halle und Berlin). Der Büchsenmacher Ernst Weisheit und Selma Steinbrecher (Mehlis). Der Kutscher Otto Schröder und Auguste Tonberg (Halle und Leipzig-Volkmarsdorf).

Eheschließungen: Der Kaufmann Rudolf Kühne und Elisabeth Faulwasser (Kaiserstraße 1). Der Bäckermeister Joseph Schotz und Helene Lange (gr. Wallstraße 2 und Leipzig). Der Schlosser Rudolf Hellwig und Marie Hüttner (Meckelstraße 7 und Meckelstraße 16). Der Küfer Johann Boos und Henriette Piller (gr. Ulrichstraße 35). Der Schriftsetzer Richard Bauer und Klara Hagenbüchner (Saalberg 24). Der Schlosser Hermann Heinemann und Auguste Sinner (Brandenburgerstraße 2 und Schillershof 6). Der Oberingenieur Rudolf Kluge und Alma Gerlach (Sachsenburg und Geiststraße 55). Der Kesselschmied Ernst Nicolai und Auguste Kleine (Glauchaerstraße 60 und Bäckergasse 3). Der Buchhalter Max Hemme und Emma Mosenhauer (Saalbahnhof 28). Der Schmied Paul Fister und Ida Wipplinger (Martinsgasse 14 und Lindenstraße 51). Der Schlosser Alfred Wittenberg und Emma Schneider (gr. Wallstraße 32 und Blumenthalstraße 1). Der Schmied Gustav Mittlaus und Anna Hermann (Thomasiusstraße 32 und Moritzzwinger 16). Der Kaufmann Max Jänicke und Hedwig Rehm (Meckelstraße 15 und Mühlweg 31).

Geboren: Dem Fabrikarbeiter Karl Saul ein S. Rudolf Karl Otto (Kaiserstraße 32). Dem Uhrmacher Albert Otto Paßmann ein S. Albert Otto (Geiststraße 56). Dem Fleischer Fried. Röttger eine T. Helene Ida Bertha (Schillerstraße 16). Dem Photograph Thomas Moisberger eine T. Marie Thekla Antonie (Breitestraße 31). Dem Privatdozent Dr. phil. Hermann Wiener eine T. Gertrud Anna (Schillerstraße 10). Dem Handarbeiter Georg Röder eine T. Charlotte Anna Ida (Saalberg 21). Dem Lokomotivführer August Steinecke eine T. Martha Elsbeth (Friesenstraße 14). Dem Mechaniker Otto Horn ein S. Kurt (Wilhelmstraße 48). Dem Handarbeiter Lorenz Stotte eine T. Anna Martha (Pfännerhöhe 31). Ein unehel. S. Drei unehel. T.

Gestorben: Des Handarbeiter August Seiler S. totgeb. (Henriettenstraße 25). Der Tischler Rudolf Steinborn, 27 J. (Klinik). Die Witwe Friederike Hoff geb. Hildebrandt, 74 J. (Bahnhofstraße 9). Des Bahnarbeiter Karl Schelle T. Frieda, 5 Mon. (Schillerstraße 26). Des Schmiedemeister Louis Wendt Ehefrau Bertha geb. Schramm, 53 J. (Martinsgasse 2). Des Buchdrucker Paul Schmidt S. Ernst, 4 Mon. (Schülershof 4). Die Witwe Emma Rönisch geb. Kretschel, 83 J. (Bernburgerstraße 20). Des Bäcker Max Mente T. Anna Elsbeth, 5 Mon. (Jahnstraße 7). Des Handarbeiter Karl Romanus T. Ida, 1 J. (Lilienstraße 15). Des Bauleremeister Friedrich Korn T. Klara, 7 Mon. (Klinik). Der Handarbeiter Wilh. Mörstädte, 43 J. (Klinik). Des Webermeister Karl Gondermann Ehefrau Henriette geb. Freytag, 53 J. (Siebenansatz). Luise Kämpfer, 16 J. (Klinik). Des Fabrikarbeiter Paul Dötsch S. Franz, 1 J. (Wettinerplatz 2). Des Schlosser Heinrich Gottschalk T. Helene, 18 J. (Friesenstraße 5). Des Schuhmachermeister Richard Ernst T. Elisabeth, 11 M. (gr. Brauhausgasse 12). Ein unehel. S. Eine unehel. T.

Giebichenstein, 26. bis 28. Juli.

Aufgeboten: Der Brauer C. B. Görner und A. R. A. Weidner (Burgstraße 48 und Giebichstein). Der Maurer E. F. C. Hennig und T. A. Schoene (Trotha und Fuststraße 1).

Eheschließung: Der Kaufmann G. K. F. Lucke und M. S. M. Vesterling (Kalbe a. S. und Brunnenstraße 64).

Geboren: Dem Kupferschmied C. O. Petzel eine T. (Zietenstraße 32). Dem Schmied R. W. E. F. Brack eine T. (Adolfstraße 10). Dem Handarbeiter E. C. G. Seidel eine T. (Reilstraße 27a). Dem Zuckerkocher A. C. F. C. M. Heise ein S. (Eichendorffstraße 1).

Gestorben: Des Schuhmacher G. F. Rückriem S., 1 J. 11 M. 18 T. (Adolfstraße 4). Des Fabrikarbeiter F. H. Henze T., 2 M. 26 T. (Käntzelgasse 5). Der Maurer und Materialwarenhändler A. D. H. Goie, 64 J. 4 M. (Burgstraße 39). Des Handarbeiter E. C. G. Seidel T., 8 St. (Reilstraße 27a). Des Fleischer und Kiltualienhändler C. Th. Schneider T., 10 M. 3 T. (Triftstraße 8). Eine unehel. T., 2 J. 2 M. 14 T. (Zietenstraße 35)

Trotha, 22. bis 28. Juli.

Aufgeboten: Der Fabrikarbeiter C. Fr. Wilhelm Waldheim und die Dienstmagd J. E. M. Anna Helling (Trotha und Giebichenstein).

Geboren: Dem Zimmermann Hermann Wissing ein S., Hermann Friedrich Karl (Trotha). Dem Arbeiter Wilhelm Kieseling ein S. Wilhelm Walther (Seeben). Dem Geschirrführer Karl Weißwange eine T. Bertha Luise (Trotha). Dem Fabrikarbeiter Georg Zimmermann ein S., Friedrich Otto (Trotha). Dem Arbeiter Franz Ebert ein S., Friedrich Ernst (Seeben).

Gestorben: Die Witwe Juliane Kohlbach geb. Ritschke 83 J. 5 M. 16 T. (Trotha). Des Bäckermeisters Wilhelm Klitzsch S. Heinrich Otto, 1 J. 2 M. 5 T. (Trotha).

Für die Redaktion verantwortlich: **Richard Illge** in Halle.

Sonntag den 6. August macht eine größere Anzahl von **Leipziger Parteigenossen** mit Familien einen

Ausflug nach Schkeuditz.

Seitens eines dortigen Genossen ist an mich die Anfrage ergangen, ob die **Halleschen Genossen** ebenfalls gewillt seien, einen Ausflug dahin zu machen, um mit ihnen einige vergnügte Stunden verleben zu können. Nach erfolgter Rücksprache mit hiesigen Genossen ist auf ein Eingehen auf diesen Wunsch zu rechnen, deshalb ersuche ich alle, welche gewillt sind, sich anzuschließen, sich am Sonntag nachmittag ½2 Uhr auf dem Halleschen Bahnhof einzufinden. Der Fahrpreis beträgt für 4. Klasse 40 ₰ pro Tour; gegen 8 Uhr kann die Rückfahrt erfolgen, so daß Tanzlustigen immer noch Gelegenheit genügend verbleibt, den Ball der „Zentral Krankenkasse der Frauen und Mädchen" im „Prinz Karl" oder dem des „Deutschen Metallarbeiter Verbandes" in „Frenbergs Garten" zu besuchen. Der Treffpunkt in Schkeuditz ist der **„Bürgergarten"**.

Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen

Der Vertrauensmann für Halle und den Saalkreis.

Ortskrankenkasse der Feuerarbeiter
Halle a. S.
Außerordentliche Generalversammlung.
Montag den 7. August abends 8 Uhr im Restaurant **„Zum Eiskeller"**, Nikolaistraße 11. Tagesordnung: 1. Wahl der Vertreter von Arbeitgeber und Arbeitnehmer laut neuer Statuten. 2. Geschäftliches.
Die Interessen zu wahren, wird um zahlreiches Erscheinen aller stimmberechtigten Mitglieder ersucht. **Der Vorstand,** i. A.: Aug. Speck.

Paul Melzer.
Merseburgerstraße 167 **Bahnhofstraßen-Ecke**
en gros. Destillation en detail.
empfiehlt sämtliche
Aquavite und Liqueure, sowie Rum, Arac und Cognac in allen Preislagen.
Speziell: Nordhäuser-Kornbranntwein.

Kokusnußbutter, bestes und billigstes Speisefett zum Backen und Kochen empfiehlt **F. Saalfeld, Steinweg 18.**

Eine Balkenwage mit **Metallschale,** passend für Bäcker oder Fleischer, billig zu verkaufen **Giebichenstein, Schmelzerstr. 1.**

Walhalla-Theater.
Direktion: **Richard Hubert.**
Montag den 31. Juli
Letztes Auftreten
sämtlicher Künstler!
Die **Gebrüder Manelli,** Bravour-Gymnastiker am dreifachen Reck. Mr. **Paul Carro,** Bauchredner mit automatischen Figuren. **Clown Tom Belling,** (der berühmte „August" des Cirkus Renz), Zauberer-Parodist. **Brothers Edwin,** Bravour-Gymnastiker an den römischen Ringen. Mr. **William R. Martin,** Historien-Portrait-, Rauch- und Landschafts-Schnellmaler. Herr **Georg Röser,** Original-Gesangs-Humorist. **The Julians, engl. Tanzsängerinnen.**
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concordia-Theater.
Montag den 31. Juli
Die Gigerlu von Wien.
Große Posse mit Gesang in 4 Akten von J. Wimmer.
Dienstag: **Der Hofnarr.**

Dienstag **Schlachtefest.**
Chr. Petersen, Pfännerhöhe 57.

Heute Dienstag **Schlachtefest.** Früh **Wellfleisch,** nachm. **Rot-, Leber-Zwiebelwurst** empf.
vorm. Kaufmanns Restaurant, Kellnerg. 7.

Himbeersaft
a Pfd. 90 ₰ empfiehlt
Neumarkt-Drogerie
Albrechtstraße 1, Bernburgerstr. Ecke.
Haushaltseifen bei **Georg Zeising,** kleinschmieden.

Spezial-Reste-Geschäft
in Kleiderstoffen, Leinen u. Baumwollwaren.
Unerreicht billige Preise.
Ueberraschend große Auswahl.
Julius Löwinberg
Gr. Ulrichstr. 20, I. Et. Halle. Gr. Ulrichstr. 20, I. Et.

Bei Fußschweiß
empfehle
Salicylsäure-Streupulver a Dose 25 ₰.
Georg Zeising, Kleinschmieden.

Jentzsch's
berühmtes
Insektenpulver
tötet alles Ungeziefer
als: **Flöhe, Fliegen, Wanzen, Motten, Schwaben** rc.
Ernst Jentzsch
Leipzigerstraße 29.

Weizenstärke! a Pfd. 25 ₰ **Georg Zeising.**

Holz-, Filz-, Pinsel- und Kordpantoffeln verkauft billig Fleischergasse 42.

Gratulation.
Es gratuliert dem Arbeiter **L. Huhndorf** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Friedrichstraße wackelt.

Kartoffeln,
frische Sendung der feinsten mehlreichen Speisekartoffeln ist wieder eingetroffen und verkaufe stets zum billigsten Preise in Zentnern und einzeln.
Joh. Raabe, gr. Steinstraße 28.

Mitspieler an preußischen Lotterieloosen gesucht Schülershof 4. II.

J. Leute b. um ein Darlehn v. 11—15 M. geg. 14tägig. Rückzahl. Off. u. A. a. d. Exp.

Wer ein Kind als Eigentum annehmen will, kann sich meld. Zapfenstr. 18.

Mädchen v. 9—12 J., auch v. ausw., wird in Pflege genommen Graleweg 15, IV.

Laden, pass. zu Kiltualiengeschäft, für 150 M. mit Wohnung für 300 M. sof. od. später **Triftstraße 17, Wettinerplatz.**

Eine freundl. Wohnung zu vermieten Brunnenwarte 12, II l.

Wohnung zu 40 Thlr. zum 1. Okt. Harz 37, part.

Anständige Schlafstelle zu verm. bei Günther, gr. Brauhausgasse 28, I.

Stube a. Schlafst. verm. Luckengasse 14, II.

Ein Frauenstiefel am Moritzthor **verloren.** Abzug. alter Markt 21, 1.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930801-17/fragment/page=0004